

Joseph Stiglitz

Die Chancen der Globalisierung

Aus dem amerikanischen Englisch
von Thorsten Schmidt

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 2006 unter dem Titel
»Making Globalization Work« bei W.W. Norton, New York.



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte
Papier EOS liefert Salzer, St. Pölten.

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen der
Verlagsgruppe Random House GmbH.

Erste Auflage
Januar 2008

Copyright © by Joseph E. Stiglitz
Copyright © der deutschsprachigen Ausgabe 2006
by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München
unter Verwendung einer Vorlage von Rothfos + Gabler, Hamburg
Lektorat: Andrea Böltken, Berlin
Register: Ray Brandon, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-570-55048-9

www.pantheon-verlag.de

*Für Anya
aufewig*

Inhalt

Vorwort	9
KAPITEL 1	
Eine andere Welt ist möglich	21
KAPITEL 2	
Das Entwicklungsversprechen	47
KAPITEL 3	
Eine faire Welthandelsordnung	89
KAPITEL 4	
Patente, Profite und Menschen	139
KAPITEL 5	
Den Fluch des Rohstoffreichtums abschütteln	175
KAPITEL 6	
Die Erde bewahren	207
KAPITEL 7	
Der multinationale Konzern	237
KAPITEL 8	
Die Schuldenlast	265
KAPITEL 9	
Das System der Weltwährungsreserven	307
KAPITEL 10	
Die Globalisierung demokratisieren	335

ANHANG

Danksagung	363
Anmerkungen	371
Bibliographie	425
Register	439

Vorwort

Mein Buch *Die Schatten der Globalisierung* schrieb ich unmittelbar nach meinem Ausscheiden aus der Weltbank, wo ich von 1997 bis 2000 das Amt des Senior Vice President und Chefökonomens bekleidete. In diesem Buch schilderte ich einen Großteil meiner Erfahrungen bei der Weltbank und im Weißen Haus, wo ich von 1993 bis 1997 dem Wirtschaftswissenschaftlichen Beirat von Präsident William Jefferson Clinton zunächst als einfaches Mitglied und später als Vorsitzender angehörte. Es waren turbulente Jahre; die Finanzkrise in Ostasien in den Jahren 1997/98 stürzte einige der erfolgreichsten Entwicklungsländer in beispiellose Rezessionen und Depressionen. In der ehemaligen Sowjetunion führte der Übergang vom Kommunismus zur Marktwirtschaft, der neuen Wohlstand bringen sollte, stattdessen zu einem Rückgang des Einkommens und des Lebensstandards um bis zu 70 Prozent. Die Welt, die selbst unter optimalen Umständen durch scharfen Wettbewerb, Unsicherheit und Instabilität gekennzeichnet ist, ist kein Paradies, und die Entwicklungsländer taten nicht immer alles, was sie tun konnten, um ihre Lage aus eigener Kraft zu verbessern. Aber ich gelangte zu der Überzeugung, dass die Industriestaaten über internationale Organisationen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltbank ihrerseits nicht nur nicht alles in ihrer Macht Stehende taten, um diesen Ländern zu helfen, sondern ihnen manchmal sogar noch das Leben schwerer machten. IWF-Programme hatten die Krise in Ostasien eindeutig verschlimmert, und die »Schocktherapie«, die der IWF in der ehemaligen Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten propagiert hatte, trug maßgeblich dazu bei, dass der Systemwechsel hin zur Marktwirtschaft vielfach scheiterte.

In *Die Schatten der Globalisierung* habe ich viele dieser Themen behandelt. Ich glaubte, die Debatte um eine einzigartige Perspektive berei-

chern zu können, da ich selbst miterlebt hatte, wie wirtschaftspolitische Konzepte und Empfehlungen im Weißen Haus und bei der Weltbank formuliert werden. Dort arbeiteten wir gemeinsam mit Entwicklungsländern an Strategien, die das Wachstum ankurbeln und die Armut wirksam bekämpfen sollten. Genauso wichtig war die Tatsache, dass ich mich als Wirtschaftswissenschaftler seit nunmehr fast vierzig Jahren darum bemühe, die Stärken und Grenzen des marktwirtschaftlichen Systems zu verstehen. Meine Forschungen stellten nicht nur die Allgemeingültigkeit von Thesen über die Effizienz von Märkten, sondern auch einige der fundamentalen Glaubenssätze über die Globalisierung in Frage, etwa die Annahme, dass Freihandel zwangsläufig wohlfahrtssteigernd wirke.

Ich beschrieb einige der Fehlleistungen des internationalen Finanzsystems und seiner Institutionen und zeigte auf, weshalb nicht so viele Menschen von der Globalisierung profitierten, wie es eigentlich möglich und notwendig gewesen wäre. Und ich skizzierte eine Reihe von Maßnahmen, die in Angriff genommen werden müssen, um die Globalisierung zu einer echten Erfolgsgeschichte zu machen – insbesondere für die Armen und die Entwicklungsländer. Das Buch enthielt außerdem Vorschläge zur Reform der Weltfinanzordnung und der internationalen Finanzinstitutionen, die diese managen; aus Platzgründen konnte ich darauf jedoch nicht näher eingehen.

Meine Tätigkeit im Weißen Haus und bei der Weltbank verschaffte mir nicht nur außergewöhnliche Einblicke in die Probleme der Globalisierung, sondern auch die Grundlage für diesen Nachfolgebund. Ich unternahm damals zahlreiche Auslandsreisen und traf mich mit vielen hochrangigen Regierungsvertretern, um die Erfolge und Misserfolge der Globalisierung auszuloten. Auch nachdem ich Washington verlassen und wieder an die Universität zurückgekehrt war, beteiligte ich mich weiterhin an der Globalisierungsdebatte. Im Jahr 2001 erhielt ich den Nobelpreis für frühere theoretische Arbeiten zur Informationsökonomik. Seither habe ich Dutzende von Entwicklungsländern bereist, meine Gespräche mit Wissenschaftlern und Geschäftsleuten, mit Regierungschefs und Staatspräsidenten sowie mit Parlamentariern auf allen Kontinenten fortgesetzt und an Diskussionsforen über wirtschaftliche Entwicklung und Globalisierung teilgenommen, die sämtliche Segmente unserer globalen Gesellschaft betreffen.

Als ich vom Weißen Haus zur Weltbank wechseln wollte, bat mich Präsident Clinton zu bleiben, sowohl als Vorsitzender seines Wirtschaftswissenschaftlichen Beirats als auch in seinem Kabinett. Ich lehnte ab, weil ich die Aufgabe, Konzepte und Programme zur Bekämpfung der bitteren Armut zu erarbeiten, unter der die weniger entwickelte Welt litt, für eine weitaus bedeutendere Herausforderung hielt. Dass in einer Welt des Überflusses so viele Menschen in großer Armut leben, empfand ich als eine schreckliche Ungerechtigkeit. Die Probleme waren gewaltig, aber ich war zuversichtlich, dass man etwas dagegen unternehmen konnte. Ich nahm das Angebot der Weltbank nicht nur deshalb an, weil es mir neue Möglichkeiten eröffnete, die Schwierigkeiten zu erkunden, sondern auch, weil es mir eine Plattform bieten würde, die Anliegen der Entwicklungsländer zu unterstützen.

Während meiner mehrjährigen Tätigkeit bei der Weltbank begriff ich, weshalb die Globalisierung in ihrer gegenwärtigen Gestalt eine so große Unzufriedenheit hervorrief. Wirtschaftliche Entwicklung ist zwar möglich, aber sie ist durchaus kein »Selbstläufer«. Ich sah Länder, in denen die Armut nicht ab-, sondern zunahm, und ich hatte beobachtet, was das bedeutet – nicht nur statistisch, sondern im Leben der Menschen. Natürlich lässt sich keine Lösung herbeizaubern. Aber man kann eine Vielzahl von Veränderungen vornehmen – in den verschiedenen Politikfeldern, an wirtschaftlichen Institutionen, bei den Spielregeln und in den Einstellungen –, die dazu beitragen können, dass insbesondere die Entwicklungsländer stärker von der Globalisierung profitieren. Zu einigen Modifikationen wird es zwangsläufig kommen – Chinas Auftritt auf der globalen Bühne als dominante Produktionswirtschaft und Indiens Erfolg beim Outsourcing beispielsweise machen schon jetzt politische Korrekturen und ein Umdenken unumgänglich. Die Instabilität auf den Weltfinanzmärkten in den letzten zehn Jahren – von der Weltfinanzkrise 1997/98 über die lateinamerikanischen Krisen zu Beginn dieses Jahrtausends bis zum Kursverfall des Dollars Anfang 2003 – haben uns gezwungen, das Weltfinanzsystem zu überdenken. Früher oder später wird die Völkergemeinschaft einiges in dem Sinne revidieren müssen, wie ich es in den folgenden Kapiteln vorschlage; die Frage ist nicht so sehr, *ob* es zu diesen oder ähnlichen Veränderungen kommt, sondern *wann* – und, was noch wichtiger ist, ob sie vor oder nach einer Reihe weltweiter Katastro-

phen eintreten werden. Planlose, überstürzte Neuerungen im Gefolge einer Krise sind vermutlich nicht die beste Methode, das Weltwirtschaftssystem zu reformieren.

Das Ende des Kalten Krieges hat neue Chancen eröffnet und alte Beschränkungen beseitigt. Die Bedeutung der Marktwirtschaft ist mittlerweile allgemein anerkannt, und nach dem Niedergang des Kommunismus hätten sich die Regierungen jetzt eigentlich jenseits der ideologischen Grabenkämpfe darauf konzentrieren können, die Schwachstellen des Kapitalismus zu beseitigen. Die Welt hätte davon profitiert, wenn die USA die Gelegenheit genutzt hätten, am Aufbau eines internationalen Wirtschafts- und Politiksystems mitzuwirken, das sich auf Werte und Prinzipien stützt wie etwa die, dass ein Handelsabkommen die Entwicklung in armen Ländern fördert. Stattdessen haben die Industrieländer, die nicht länger um »die Herzen und Köpfe« der Menschen in der Dritten Welt konkurrieren mussten, eine Welthandelsordnung geschaffen, die den Sonderinteressen ihrer Konzerne und Finanzinstitute Vorschub leistet und den ärmsten Ländern der Welt schadet.

Entwicklung ist ein komplexer Prozess. Einer der Hauptkritikpunkte, die gegen den IWF und andere internationale Wirtschaftsinstitutionen erhoben werden, lautet, ihre Einheitslösungen würden – und könnten – diesen Komplexitäten nicht gerecht werden. Allerdings lassen sich aus den unzähligen ökonomischen Fallbeispielen durchaus einige allgemeine Prinzipien herauskristallisieren. Viele der erfolgreichen Entwicklungsländer haben eine ähnliche Politik betrieben, jeweils zugeschnitten auf ihre spezielle Situation. Ein Ziel dieses Buches besteht darin, diese Gemeinsamkeiten zu erläutern.

Ich sollte ein Wort zu dem Verhältnis zwischen meinen früheren Forschungsarbeiten, insbesondere jenen, für die mir später der Nobelpreis verliehen wurde, meinen wirtschaftspolitischen Positionen während meiner Jahre in Washington und meinen späteren Büchern, vor allem *Die Schatten der Globalisierung* und *Die Roaring Nineties*, sagen.¹

Meine früheren wissenschaftlichen Arbeiten über die Auswirkungen von unvollkommener und beschränkter Information und unvollkommenem Wettbewerb verdeutlichten mir die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Märkten. Im Verlauf der Jahre habe nicht nur ich diese Erkenntnisse auf die Makroökonomik ausgedehnt. Meine Arbeiten zur öffentlichen Fi-

nanzwissenschaft betonten die Notwendigkeit eines Gleichgewichts zwischen Staat und Markt – eine Sichtweise, die weitgehend mit der Position der Regierung Clinton übereinstimmte und der ich im jährlich erscheinenden *Economic Report of the President* in den Jahren, in denen ich dem Wirtschaftswissenschaftlichen Beirat des Präsidenten angehörte, mit zum Ausdruck verhalf. Als ich zur Weltbank kam, fand ich Beunruhigendes vor: Die Weltbank – und mehr noch der IWF – propagierte eine konservative Wirtschaftspolitik (etwa die Privatisierung des Sozialversicherungswesens), die das genaue Gegenteil dessen war, wofür ich mich im Weißen Haus so energisch eingesetzt hatte. Schlimmer noch: Es wurden dort Modelle benutzt, die ich in meinen theoretischen Arbeiten als weitgehend unhaltbar widerlegt hatte. (Noch befremdeter war ich, als ich erfuhr, dass Clintons Finanzminister diese Politik ebenfalls unterstützte.)

Meine ökonomischen Forschungsarbeiten hatten die grundlegenden Fehler in den ökonomischen Konzepten des IWF, in dessen »Marktfundamentalismus«, aufgezeigt, also der Überzeugung, dass Märkte aus eigener Kraft zu ökonomischer Effizienz führen. Aus *intellektueller* Konsequenz – ausgehend von meinen früheren wissenschaftlichen Arbeiten – brachte ich meine Sorge darüber zum Ausdruck, dass die wirtschaftspolitischen Rezepte, die der IWF zum Beispiel in Ostasien anpries, womöglich alles nur noch schlimmer machten. Dies nicht zu tun, wäre eine sträfliche Vernachlässigung meiner Pflichten gewesen.

Das, wofür wir in der Regierung Clinton kämpften, war nicht nur für Amerikaner, sondern auch für den Rest der Welt von Bedeutung. Also setzte ich mich auch nach meinem Wechsel vom Weißen Haus zur Weltbank für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Markt und Staat ein, für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Vollbeschäftigung. Die Themen, die ich während meiner Amtszeit bei der Weltbank zur Diskussion stellte – und die von vielen der dort arbeitenden Volkswirte sehr positiv aufgenommen wurden –, sind die gleichen, die ich in *Die Schatten der Globalisierung* behandelte.

Die erbitterten Kontroversen, die sich an den globalen Finanzkrisen und dem schwierigen Systemwechsel der vormals kommunistischen Staaten zur Marktwirtschaft entzündeten, sind mittlerweile abgeflaut. Heute kann man diese Fragen gelassener betrachten, und in vielen Grundfragen zeichnet sich, wie ich in Kapitel 1 beschreibe, ein Konsens ab, der sich

weitgehend mit den Vorschlägen deckt, die ich in *Die Schatten der Globalisierung* dargelegt habe. Das Buch hat seinen Beitrag dazu geleistet, dass die Diskussion darüber, wie die Globalisierung neu gestaltet werden sollte, eine andere Richtung nahm. Eine Reihe dieser Vorschläge ist mittlerweile Allgemeingut, und sogar der IWF hat sich meinem Standpunkt angeschlossen, dass es außerordentlich riskant ist, spekulatives Kapital ungehindert hin und her fließen zu lassen. Die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen der politischen Linken und Rechten in den USA und in anderen Ländern erinnern uns daran, dass es noch immer weitreichende Differenzen in der Wirtschaftspolitik und in grundlegenden Wertefragen gibt. So lautet einer der Hauptkritikpunkte an den weltwirtschaftlichen Institutionen, dass sie, ohne Rücksicht auf die Umstände des Einzelfalls, immer ein ganz bestimmtes wirtschaftspolitisches Konzept vertreten haben – eines, das meines Erachtens in vielerlei Hinsicht verfehlt ist.

In diesem Buch spiegelt sich mein Glaube an demokratische Prozesse wider: meine Überzeugung, dass aufgeklärte, informierte Bürger einen gewissen Schutz davor bieten, dass einseitige, beschränkte Unternehmens- und Finanzinteressen, die den Globalisierungsprozess bislang bestimmt haben, ihre Machtstellung auch in Zukunft missbrauchen, dass die gewöhnlichen Bürger der Industrie- und Entwicklungsländer ein gemeinsames Interesse daran haben, die Globalisierung zu einer Erfolgsgeschichte für alle zu machen. Ich hoffe, dass dieses Buch wie *Die Schatten der Globalisierung* die Globalisierungsdebatte – und letztlich auch die politischen Prozesse, die die Globalisierung gestalten – verändern wird.

Auf dem Feld der Globalisierung werden einige unserer wichtigsten gesellschaftlichen Konflikte – einschließlich der Auseinandersetzungen über Grundwerte – ausgetragen, darunter die essenzielle Frage, wie die Aufgaben zwischen Staat und Markt verteilt werden sollen.

Konservative konnten sich früher auf Adam Smiths »unsichtbare Hand« berufen, die Annahme, Märkte und die Verfolgung eigennütziger Interessen brächten, wie von unsichtbarer Hand, ökonomisch effiziente Ergebnisse hervor. Selbst wenn sie einräumten, dass Märkte von sich aus vielleicht keine gesellschaftlich akzeptable Einkommensverteilung erzeugten, behaupteten sie, Effizienz- und Gerechtigkeitsfragen seien voneinander zu trennen.

Nach dieser konservativen Auffassung geht es in der Ökonomie um

Effizienz, während Fragen der Gerechtigkeit (die wie die Schönheit so oft im Auge des Betrachters liege) der Politik vorbehalten bleiben sollten. Heute ist die theoretische Begründung des Marktfundamentalismus weitgehend widerlegt.² Meine Forschungen über die Informationsökonomik zeigten, dass bei unvollkommener Information, insbesondere bei asymmetrischer Information – wo einige Personen etwas wissen, was andere nicht wissen –, (anders gesagt, *immer*) die unsichtbare Hand deshalb unsichtbar zu sein scheint, weil sie nicht da ist.³ Ohne sachgerechte staatliche Regulierung und Intervention führen Märkte nicht zu ökonomisch effizienten Ergebnissen.⁴

In den letzten Jahren haben wir spektakuläre Beispiele für diese theoretischen Einsichten gesehen. Wie ich in meinem Buch *Die Roaring Nineties*⁵ geschildert habe, führte die Verfolgung eigennütziger Interessen durch Vorstandsvorsitzende, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Investmentbanken nicht zu ökonomischer Effizienz, sondern zu einer spekulativen »Seifenblase«, die mit massiven Fehlinvestitionen einherging. Und das Platzen der Blase löste, wie fast immer, eine Rezession aus.

Heute besteht (zumindest unter Volkswirten, wenn auch nicht unter Politikern) weitgehend Einvernehmen über die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Märkten. Die Skandale der neunziger Jahre in den USA und in anderen Ländern stürzten »das System der Unternehmensfinanzierung und den Kapitalismus amerikanischen Stils« von dem Sockel, auf dem sie zu lange gestanden haben. Allgemeiner ausgedrückt: Man hat erkannt, dass der oftmals kurzfristige Horizont der Wall Street unvereinbar ist mit wirtschaftlicher Entwicklung, die eine langfristige Strategie und Planung erfordert.

Außerdem setzt sich allmählich die Einsicht durch, dass es nicht nur eine Form von Kapitalismus gibt, nicht nur ein »richtiges« wirtschaftliches Rahmenmodell. So existieren zum Beispiel andere Formen der Marktwirtschaft – wie etwa die schwedische Variante, die anhaltendes und robustes Wachstum erzeugt hat –, die eine ganz andere Gesellschaft hervorgebracht haben, mit einem besseren Gesundheits- und Bildungssystem und weniger Ungleichheit. Auch wenn das schwedische Modell in anderen Ländern nicht so gut funktioniert oder für ein bestimmtes Entwicklungsland ungeeignet sein mag, beweist sein Erfolg, dass alternative Formen erfolgreicher Marktwirtschaften bestehen können. Und wenn es

Alternativen und Wahlmöglichkeiten gibt, sollten demokratische politische Prozesse – und nicht Technokraten – bei der Entscheidungsfindung im Mittelpunkt stehen. Ich kritisiere an den internationalen wirtschaftlichen Institutionen unter anderem, dass sie so taten, als gäbe es keine Zielkonflikte (*Trade-offs*) – als würde eine politische Agenda alle Menschen besser stellen, wo es in der Wirtschaftspolitik doch immer um eine Auswahl unter Alternativen geht, von denen einige bestimmte Gruppen (wie etwa ausländische Kapitalisten) auf Kosten anderer Gruppen begünstigen und andere bestimmten Gruppen (etwa Arbeitnehmern) zu Gunsten anderer Risiken auferlegen.

Eine der Grundentscheidungen, die alle Gesellschaften treffen müssen, betrifft die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben. Ökonomischer Erfolg setzt voraus, dass zwischen Staat und Markt ein angemessenes Gleichgewicht hergestellt wird. Welche Leistungen sollte der Staat erbringen? Sollte es eine staatliche Rentenversicherung geben? Sollte der Staat bestimmte Wirtschaftssektoren durch Anreize fördern? Welche Rechtsvorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer, der Verbraucher und der Umwelt sollte er erlassen, oder sollte er darauf verzichten? Dieses Gleichgewicht zwischen Markt und Staat verändert sich natürlich mit der Zeit, und es unterscheidet sich auch von Land zu Land. Ich werde aufzeigen, dass die Globalisierung, so wie sie bislang gestaltet wurde, das Finden der notwendigen Balance oftmals erschwert hat.

Die Globalisierungskritiker haben Recht, wenn sie behaupten, die Globalisierung sei dazu benutzt worden, einen bestimmten Wertekodex zur Geltung zu bringen. Ich hoffe aber auch zu zeigen, dass dies nicht so sein muss. Die Globalisierung muss keineswegs zwangsläufig der Umwelt schaden, die Ungleichheit verschärfen, die kulturelle Vielfalt schwächen und die Unternehmensinteressen auf Kosten des Wohlstands der gewöhnlichen Bürger fördern. Vielmehr kann sie, sofern sie in geordnete Bahnen gelenkt wird, wie es bei der erfolgreichen Entwicklung vieler ostasiatischer Länder der Fall war, sowohl den Entwicklungs- als auch den Industrieländern nachhaltig zum Vorteil gereichen.

An der Haltung zur Globalisierung, an den Versäumnissen und Ungerechtigkeiten, die mit ihrer Gestaltung verbunden werden, zeigen sich wie bei einem Rohrschach-Test die Grundüberzeugungen und Einstellungen von Ländern und Völkern. Welche Auffassung haben sie von der an-

gemessenen Rolle von Staat und Markt? Welchen Stellenwert räumen sie sozialer Gerechtigkeit und anderen nicht-ökonomischen Werten ein?

Ökonomen, die der Verringerung von Einkommensunterschieden weniger Gewicht beimessen, neigen der Ansicht zu, staatliche Maßnahmen zum Ausgleich dieser Ungleichheit seien zu kostspielig und möglicherweise sogar kontraproduktiv. Diese Anhänger einer »freien Marktwirtschaft« glauben auch eher, dass Märkte von sich aus, ohne staatliche Eingriffe, effizient seien und dass man den Armen am besten dadurch helfe, dass man für Wirtschaftswachstum Sorge – irgendwie würden die positiven Einkommenseffekte dann schon zu den Bedürftigen »durchsickern«. (Interessanterweise hält sich diese Überzeugung noch immer, obwohl wirtschaftswissenschaftliche Forschungen ihr theoretisch den Boden entzogen haben.)

Ökonomen, die wie ich der Ansicht sind, dass Märkte oft keine effizienten Ergebnisse hervorbringen (sondern zum Beispiel zu viel Umweltverschmutzung und zu wenig Grundlagenforschung) und dass gravierende Einkommensunterschiede und ein hohes Maß an Armut zu Störungen des Marktes führen, denken, dass die Verringerung dieser Ungleichheit weniger kosten kann, als konservative Ökonomen vorhersagen. Diejenigen, denen Ungleichheit und Armut ein Dorn im Auge sind, sehen auch die gewaltigen Kosten, die entstehen, wenn man sich nicht mit diesen Problemen befasst: die gesellschaftlichen Folgen, psychische Störungen, Gewalttätigkeit und soziale Konflikte eingeschlossen. Auch die Möglichkeiten staatlicher Intervention beurteilen sie positiver. Selbst wenn die öffentliche Verwaltung manchmal – oder vielleicht auch oft – nicht so effizient arbeitet, wie man es sich wünschen würde, gibt es bemerkenswerte Erfolgsbeispiele, von denen ich einige auf den folgenden Seiten erörtern werde. Alle vom Menschen geschaffenen Institutionen sind unvollkommen, und jede Institution sollte aus Erfolgen und Fehlschlägen lernen.

Diese unterschiedlichen Einschätzungen über das richtige Einschreiten gegen Armut und Ungleichheit spiegeln sich in den Auffassungen darüber wider, wie Armut und Ungleichheit entstehen. Grob gesagt, sind diejenigen, die sich mit der Ungleichheit nicht abfinden wollen, der Meinung, dass Reichtum zu einem guten Teil eine Frage des Glücks ist – des Glücks, mit guten Genen oder als Kind reicher Eltern auf die Welt zu kommen (die »Sperma-Lotterie«),⁶ oder des Glücks, ein Grundstück zur

richtigen Zeit und am richtigen Ort zu kaufen (kurz bevor dort Öl gefunden wird oder bevor sich eine örtliche Immobilienblase entwickelt).⁷ Diejenigen, die sich davon weniger beunruhigen lassen, sind der Ansicht, dass Reichtum Lohn für harte Arbeit ist. Nach dieser Sichtweise beseitigt eine Einkommensumverteilung nicht nur Anreize für eine hohe Arbeitsmotivation und eine verstärkte Ersparnisbildung, sondern ist sogar beinahe unmoralisch, denn sie nimmt dem Einzelnen den wohlverdienten Lohn für seine Leistung.

Diesen Positionen entsprechen Standpunkte in einer Fülle anderer Fragen. Diejenigen, denen es weniger um die Verminderung von Ungleichheit und mehr um ökonomische Effizienz zu tun ist, interessieren sich oftmals weniger für nicht-ökonomische Werte wie soziale Gerechtigkeit, Umwelt, kulturelle Vielfalt, allgemeinen Zugang zu Gesundheitsversorgung und Verbraucherschutz. (Natürlich gibt es viele Ausnahmen – zum Beispiel Konservative, die für den Schutz der Umwelt eintreten.)

Ich betone diese Zusammenhänge zwischen ökonomischen und kulturellen Haltungen, um zu verdeutlichen, wie sehr es darauf ankommt, wem wir Schlüsselaspekte der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung anvertrauen. Wenn man die Entscheidungsfindung an »Konservative« delegiert, dann bekommt man zwangsläufig eine Wirtschaftspolitik und Ergebnisse, in denen sich deren politische Interessen und kulturelle Werte widerspiegeln.⁸ In diesem Buch spiegeln sich selbstverständlich meine persönlichen Urteile und Werte wider; zumindest hoffe ich, transparent zu sein und beide Seiten der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Debatten darzustellen.

Die Globalisierung vor ihren Anhängern schützen

Während der Weltwirtschaftskrise, vor rund siebzig Jahren, formulierte der britische Ökonom John Maynard Keynes seine Theorie der Arbeitslosigkeit. Darin legte er im Einzelnen dar, wie staatliche Maßnahmen dazu beitragen können, die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen und Vollbeschäftigung zu erreichen. Keynes wurde von Konservativen diffamiert, die ihm vorwarfen, die Rolle des Staates ausweiten zu wollen. Sie begriffen die Haushaltsdefizite, die zwangsläufig mit einem konjunkturel-

len Abschwung einhergehen, als Gelegenheit, um staatliche Programme zu beschneiden. Aber Keynes tat mehr zur Rettung des kapitalistischen Systems als all die marktgläubigen Finanzkapitalisten zusammengekommen. Wäre man dem Rat der Konservativen gefolgt, dann wäre die »Große Depression« noch schlimmer verlaufen; sie hätte länger gedauert und hätte tiefer gereicht, und die Forderung nach einer Alternative zum Kapitalismus wäre immer lauter vorgetragen worden. Aus demselben Grund glaube ich, dass sich die gegenwärtige Dynamik der Globalisierung nur aufrechterhalten lässt, wenn wir ihre Probleme erkennen und beseitigen.

Die Globalisierung ist wie wirtschaftliche Entwicklung nicht unvermeidlich – auch wenn starke politische und ökonomische Kräfte dahinterstecken. Den meisten Indikatoren zufolge verlangsamten sich sowohl das Tempo als auch der Umfang der Globalisierung zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, sie drehte sich sogar um. So waren beispielsweise Außenhandelskennziffern, ausgedrückt in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, rückläufig.⁹ Wenn die Globalisierung für viele oder die meisten Bürger eines Landes eine Senkung des Lebensstandards bedeutet und wenn sie elementare kulturelle Werte gefährdet, dann wird es zu politischen Forderungen kommen, sie zu drosseln oder ganz zu unterbinden.

Der Weg, den die Globalisierung nimmt, wird selbstverständlich nicht nur durch die Kraft von Ideen und Erfahrungen verändert (zum Beispiel durch Vorstellungen darüber, ob die Liberalisierung des Handels oder des Kapitalmarkts das Wachstum fördern wird, und die tatsächlichen Erfahrungen mit diesen Reformen), sondern auch durch globale Ereignisse. In den letzten Jahren haben die Attentate vom 11. September und der Krieg gegen den Terrorismus, der Krieg im Irak und der Aufstieg Chinas und Indiens die Globalisierungsdebatte jeweils in einer Weise neu definiert, die ich erörtern werde.

Dieses Buch befasst sich nicht nur mit ökonomischen Aspekten im engeren Sinne, sondern auch mit der Frage, wie die Politik das Wirtschaftssystem gestaltet. Nach Ansicht der Ökonomen sind Anreize von Bedeutung. Und es gibt starke Anreize – und weitreichende Möglichkeiten – dafür, politische Prozesse und das Wirtschaftssystem so anzulegen, dass sie für einige wenige auf Kosten der Mehrheit gewinnbringend sind.

Die Macht partikularer Interessen lässt sich durch offene, demokrati-

sche Prozesse jedoch begrenzen. Wir können ethische Maßstäbe im Wirtschaftsleben wieder zur Geltung bringen. Regelwerke für eine verantwortliche Unternehmensführung und -kontrolle können durchaus so gestaltet sein, dass sie nicht nur die Rechte der Aktionäre, sondern auch die der anderen Personengruppen, die von den Aktivitäten des Unternehmens betroffen sind, anerkennen.¹⁰ Engagierte und gebildete Bürger wissen, was man tun muss, damit die Globalisierung allen Menschen oder doch weit mehr Menschen als heute zugute kommt, und sie können verlangen, dass ihre Regierungen entsprechende Rahmenbedingungen für die Globalisierung schaffen. Meine Hoffnung ist, dass dieses Buch dazu beiträgt, diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

KAPITEL 1

Eine andere Welt ist möglich

Auf einer weiten Fläche am Stadtrand von Mumbai trafen sich im Januar 2004 Aktivisten aus der ganzen Welt zum Weltsozialforum. Das Ambiente bei diesem ersten Forum in Asien war ganz anders als bei den Veranstaltungen, die in den vorangegangenen vier Jahren im brasilianischen Porto Alegre stattgefunden hatten. Über 100 000 Menschen nahmen an diesem einwöchigen Ereignis teil, und die ganze Szenerie glich, wie Indien selbst, einem bunten Gewühl. Organisationen, die sich für fairen Handel einsetzen, hatten reihenweise Verkaufsstände aufgebaut, an denen handgefertigter Schmuck, farbenfrohe Textilien und Haushaltswaren feilgeboten wurden. Transparente am Straßenrand verkündeten: »Handloom is a Biggest Employment Source in India« (Handwebstühle sind die größte Erwerbsquelle in Indien). Demonstranten schlugen Trommeln und sangen Slogans, während sie sich im Gänsemarsch ihren Weg durch die Menschenmassen bahnten. Gruppen von *dalit*-Aktivisten (Angehörige der Kasten, die früher »Unberührbare« genannt wurden) im Lendenschurz, Vertreter von Arbeiterrechtsorganisationen und Frauengruppen, der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) standen auf Tuchfühlung miteinander. Tausende versammelten sich in provisorisch hergerichteten Hallen, groß wie Hangars, um Redner wie die ehemalige irische Präsidentin Mary Robinson (von 1997 bis 2002 UN-Menschenrechtskommissarin) und die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi zu hören. Es war heiß und feucht, und überall herrschte dichtes Gedränge.

Auf dem Weltsozialforum fanden viele Gespräche statt. Es wurde debattiert, wie man die mächtigen internationalen Institutionen reorganisieren und die Macht der USA beschneiden könnte. Aber ein Thema überragte alle anderen: die Globalisierung. Einig war man sich darin, dass Veränderungen notwendig sind, was in dem Motto der Konferenz »Eine andere Welt ist möglich« prägnant zum Ausdruck gebracht wurde. Die

versammelten Aktivisten hatten von den Verheißungen der Globalisierung gehört – dass sie allen Wohlstand bringen werde. Gesehen hatten sie jedoch die Wirklichkeit: Während es einigen tatsächlich sehr gut ging, waren andere schlechter dran. Ihres Erachtens war die Globalisierung in erheblichem Maße Teil des Problems.

Die Globalisierung umfasst vieles: den internationalen Austausch von Ideen und Wissen, die Vermischung der Kulturen, die globale Zivilgesellschaft und die globale Umweltbewegung. Dieses Buch befasst sich in erster Linie mit der ökonomischen Globalisierung, also der engeren wirtschaftlichen Verflechtung aller Staaten der Welt durch den zunehmenden Austausch von Gütern und Dienstleistungen, Kapital und auch Arbeitskräften. Die große Verheißung der Globalisierung liegt darin, dass sie zu einer weltweiten Erhöhung des Lebensstandards führen soll, indem sie erstens armen Ländern Zugang zu Auslandsmärkten verschafft, so dass diese ihre Güter dort absetzen können, zweitens den ungehinderten Fluss ausländischer Investitionen, die die Herstellung neuer, billigerer Produkte ermöglichen, zulässt und drittens die Grenzen durchlässiger macht, damit Menschen leichter in andere Länder reisen können, um sich dort weiterzubilden, zu arbeiten und einen Teil ihres Arbeitseinkommens in ihre Heimatländer zu schicken, um dort wiederum ihre Familien zu unterstützen und neue Betriebe zu finanzieren.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen in den Entwicklungs- wie in den Industrieländern enormen Nutzen aus der Globalisierung ziehen *könnten*. Aber bislang deutet alles darauf hin, dass die Globalisierung dieses Potenzial nicht eingelöst hat. Dieses Buch wird zeigen, dass das Problem nicht die Globalisierung als solche ist, sondern die Art und Weise, wie sie bislang gestaltet wurde. Vorangetrieben wurde die Globalisierung durch ökonomische Faktoren, insbesondere durch die Senkung der Kommunikations- und Transportkosten. Geformt wurde sie jedoch durch politische Interessen. Die Spielregeln haben weitgehend die Industriestaaten festgelegt – geleitet vor allem von in ihren Ländern vertretenen Sonderinteressen – und dabei, wen wundert's, den Ordnungsrahmen der Globalisierung so gestaltet, dass sie ihren Belangen förderlich ist. Es ging ihnen mitnichten um einen fairen Regelkodex oder gar einen, der dem Wohlergehen der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt zugute kommen würde.